Präambel zur**Satzung der Stadt Hennigsdorf über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Heimstättensiedlung “Gestaltungssatzung Heimstättensiedlung”**

Die als Werkwohnungen für das Stahl- und Walzwerk geplante Häusergruppe mit dörflichem Charakter und einer Art Dorfaue in der Heimstättensiedlung wurde 1922 vom Architekten Henry Gross entworfen. Bauherr der Heimstättensiedlung war die “Gemeinnützige Heimstättengesellschaft” (gegründet vom Stahl- und Walzwerk), die im Jahre 1922 die Wohngebäude errichtete. In den Anfängen war auch die Gemeinde Hennigsdorf als Gesellschafter beteiligt, schied aber später aus.

Die Wohngebäude für jeweils zwei bis vier Mietparteien gruppieren sich in offener Bauweise um einen Anger. Die hinter dem Haus befindlichen Mietergärten und die Straße mit Angercharakter sollten den sozialen Anspruch des Werkssiedlungsbaus unterstützen, der neben der eigentlichen Wohnraumbeschaffung auch die Gestaltung des Umfeldes betrachtete.

Die in den 20er Jahren verwirklichten Planungs- und Gestaltungsgrundsätze, die in ihrer Grundstruktur noch heute ablesbar sind, reichen von siedlungsprägenden klaren städtebaulichen Ordnungsprinzipien bis zu zeittypischen architektonischen Gestaltungselementen. Bei einer umfassenden Modernisierung der Siedlung in den 70er Jahren wurden diese erheblich verändert. Die plastische Gliederung der Fassade durch Giebel, Gesimse, Lisenen und sonstige Gestaltungselemente wurden vollständig entfernt, die Formate der Fenster (straßenseitig) der Hauptbaukörper durchgehend vergrößert und die Haustüren ausgetauscht.

Daher ist nicht Bezugspunkt der Satzung der Zustand der baulichen Anlagen zur Erbauungszeit, sondern die vorhandene gestalterische Struktur. Die gemeinsamen Charakteristika der Gebäude stellen den städtebaulichen und architektonischen Wert der Anlage dar und sind unter Berücksichtigung technisch erforderlicher oder zulässiger Änderungen wiederherzustellen. Unverwechselbarkeit und Originalität dieser Werkssiedlung sollen erhalten bleiben und als Einheit von Wohngebäude und Außenanlagen betrachtet werden.

Präambel zur**Satzung der Stadt Hennigsdorf über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Heimstättensiedlung “Gestaltungssatzung Heimstättensiedlung”**

Die als Werkwohnungen für das Stahl- und Walzwerk geplante Häusergruppe mit dörflichem Charakter und einer Art Dorfaue in der Heimstättensiedlung wurde 1922 vom Architekten Henry Gross entworfen. Bauherr der Heimstättensiedlung war die “Gemeinnützige Heimstättengesellschaft” (gegründet vom Stahl- und Walzwerk), die im Jahre 1922 die Wohngebäude errichtete. In den Anfängen war auch die Gemeinde Hennigsdorf als Gesellschafter beteiligt, schied aber später aus.

Die Wohngebäude für jeweils zwei bis vier Mietparteien gruppieren sich in offener Bauweise um einen Anger. Die hinter dem Haus befindlichen Mietergärten und die Straße mit Angercharakter sollten den sozialen Anspruch des Werkssiedlungsbaus unterstützen, der neben der eigentlichen Wohnraumbeschaffung auch die Gestaltung des Umfeldes betrachtete.

Die in den 20er Jahren verwirklichten Planungs- und Gestaltungsgrundsätze, die in ihrer Grundstruktur noch heute ablesbar sind, reichen von siedlungsprägenden klaren städtebaulichen Ordnungsprinzipien bis zu zeittypischen architektonischen Gestaltungselementen. Bei einer umfassenden Modernisierung der Siedlung in den 70er Jahren wurden diese erheblich verändert. Die plastische Gliederung der Fassade durch Giebel, Gesimse, Lisenen und sonstige Gestaltungselemente wurden vollständig entfernt, die Formate der Fenster (straßenseitig) der Hauptbaukörper durchgehend vergrößert und die Haustüren ausgetauscht.

Daher ist nicht Bezugspunkt der Satzung der Zustand der baulichen Anlagen zur Erbauungszeit, sondern die vorhandene gestalterische Struktur. Die gemeinsamen Charakteristika der Gebäude stellen den städtebaulichen und architektonischen Wert der Anlage dar und sind unter Berücksichtigung technisch erforderlicher oder zulässiger Änderungen wiederherzustellen. Unverwechselbarkeit und Originalität dieser Werkssiedlung sollen erhalten bleiben und als Einheit von Wohngebäude und Außenanlagen betrachtet werden.

Satzungstext alt

Satzungstext neu

Diese Gestaltungssatzung soll dazu beitragen, das Erscheinungsbild der "Heimstättensiedlung" in seiner städtebaulichen Qualität und Geschlossenheit zu erhalten bzw. wiederherzustellen.

Diese Satzung gilt für alle baulichen Veränderungen in ihrem Geltungsbereich, die das äußere Erscheinungsbild der Gebäude und Nebenanlagen betreffen, unabhängig davon, ob diese nach den Regelungen der Bauordnung genehmigungspflichtig oder genehmigungsfrei sind. Dazu zählen bauliche Änderungen, wie z.B. die Änderung der äußeren Gestaltung durch Anstriche, Verkleidungen, Verputze, Dacheindeckungen, Solar- und Antennenanlagen, der Austausch vorhandener Fenster, Türen und Einfriedungen sowie die Errichtung von Nebengebäuden nach Maßgabe der Regelungen dieser Satzung. Die unter §§ 3 bis 10 dieser Satzung im einzelnen geregelten Maßnahmen haben in Bezug auf Materialauswahl, Farbgebung, Konstruktion und Fassadengliederung der einheitlichen Gestaltung und Erhaltung der vorhandenen Baukörpergestaltung zu dienen. Die typische Grundrisslösung der Heimstättensiedlung wird durch sechs verschiedene Haustypen geprägt (Anlagen 2-8). Sie bestimmen durch ihre Anordnung und ihre Gestalt die Form und den Charakter der Siedlung.

Für baugenehmigungspflichtige Vorhaben erteilt die Baugenehmigungsbehörde (untere Bauaufsichtsbehörde) die Baugenehmigung. Ist eine Abweichung von den in dieser Satzung geregelten Anforderungen beabsichtigt, erfordert die Zulassung der Abweichung das Einvernehmen mit der Stadt Hennigsdorf. Ist für gemäß § 67 BbgBO baugenehmigungsfreie Vorhaben eine Abweichung von den in dieser Satzung geregelten Anforderungen beabsichtigt, ist hierzu die Zulassung der Stadt Hennigsdorf einzuholen.

Bestandteil der Gestaltungssatzung Heimstättensiedlung sind folgende Anlagen:

Anlage 1	Geltungsbereich
Anlagen 2-7	Haustypen (Schemazeichnungen)
Anlage 8	Gesamtübersicht Haustypen
Anlage 9	RAL-Nummern

Die Satzung sollte nach 10 Jahren überprüft und aktualisiert werden.

Diese Gestaltungssatzung soll dazu beitragen, das Erscheinungsbild der "Heimstättensiedlung" in seiner städtebaulichen Qualität und Geschlossenheit zu erhalten bzw. wiederherzustellen.

Diese Satzung gilt für alle baulichen Veränderungen in ihrem Geltungsbereich, die das äußere Erscheinungsbild der Gebäude und Nebenanlagen betreffen, unabhängig davon, ob diese nach den Regelungen der Bauordnung genehmigungspflichtig oder genehmigungsfrei sind. Dazu zählen bauliche Änderungen, wie z.B. die Änderung der äußeren Gestaltung durch Anstriche, Verkleidungen, Verputze, Dacheindeckungen, Solar- und Antennenanlagen, der Austausch vorhandener Fenster, Türen und Einfriedungen sowie die Errichtung von Nebengebäuden nach Maßgabe der Regelungen dieser Satzung. Die unter **§§ 3 bis 11** dieser Satzung im einzelnen geregelten Maßnahmen haben in Bezug auf Materialauswahl, Farbgebung, Konstruktion und Fassadengliederung der einheitlichen Gestaltung und Erhaltung der vorhandenen Baukörpergestaltung zu dienen. Die typische Grundrisslösung der Heimstättensiedlung wird durch sechs verschiedene Haustypen geprägt (Anlagen 2-8). Sie bestimmen durch ihre Anordnung und ihre Gestalt die Form und den Charakter der Siedlung.

Für baugenehmigungspflichtige Vorhaben erteilt die Baugenehmigungsbehörde (untere Bauaufsichtsbehörde) die Baugenehmigung. Ist eine Abweichung von den in dieser Satzung geregelten Anforderungen beabsichtigt, erfordert die Zulassung der Abweichung das Einvernehmen mit der Stadt Hennigsdorf. Ist für gemäß § 67 BbgBO baugenehmigungsfreie Vorhaben eine Abweichung von den in dieser Satzung geregelten Anforderungen beabsichtigt, ist hierzu die Zulassung der Stadt Hennigsdorf einzuholen.

Bestandteil der Gestaltungssatzung Heimstättensiedlung sind folgende Anlagen:

Anlage 1	Geltungsbereich (neu)
Anlagen 2-7	Haustypen (Schemazeichnungen)
Anlage 8	Gesamtübersicht Haustypen
Anlage 9	Farbkatalog (neu)

Die Satzung sollte nach 10 Jahren überprüft und aktualisiert werden.

Satzungstext alt

Satzungstext neu

Satzung der Stadt Hennigsdorf über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Heimstättensiedlung "Gestaltungssatzung Heimstättensiedlung"

Die Stadtverordnetensammlung Hennigsdorf hat in ihrer Sitzung vom 26.09.2001 auf der Grundlage von § 5 und § 35 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg – GO – vom 15.10.1993 (GVBl. Teil I S. 398), geändert durch Gesetz vom 7.4. 1999 (GVBl. Teil I S. 98), in Verbindung mit § 89 Abs. 1 Nr. 2 und 4 i.V.m. Abs. 9 Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 25. März 1998 (GVBl. I, S. 82) die nachfolgende örtliche Bauvorschrift über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Heimstättensiedlung ("Gestaltungssatzung Heimstättensiedlung") beschlossen.

§ 1 Räumlicher Geltungsbereich

- (1) Das Satzungsgebiet umfasst alle Grundstücke und Grundstücksteile innerhalb der im Lageplan abgegrenzten Fläche (Anlage 1).

Satzung der Stadt Hennigsdorf über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Heimstättensiedlung "Gestaltungssatzung Heimstättensiedlung"

Die Stadtverordnetensammlung Hennigsdorf hat in ihrer Sitzung vom XXXXXXX auf der Grundlage des **§ 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl.I/07, [Nr. 19], S.286), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. Februar 2014 (GVBl.I/14, [Nr. 07])** in Verbindung **mit § 81 Abs. 1 Nr. 1** und i.V.m. § 79 Abs, 5 Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. September 2008 (GVBl.I/08, [Nr. 14], S.226), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. November 2010 (GVBl.I/10, [Nr. 39]) die nachfolgende örtliche Bauvorschrift über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Heimstättensiedlung ("Gestaltungssatzung Heimstättensiedlung") beschlossen.

§ 1 Räumlicher Geltungsbereich

Das Satzungsgebiet umfasst alle Grundstücke und Grundstücksteile innerhalb der im Lageplan abgegrenzten Fläche (Anlage 1).

§ 2 Grundsätze (neu hinzugefügt)

- (1) **Die Festsetzungen dieser Satzung gelten für alle von öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen und Grünanlagen einsehbaren Gebäudeteile und sonstigen baulichen Anlagen im Geltungsbereich der Satzung (siehe Anlage 1).**
- (2) **Alle Gebäudeteile eines Haustyps sind einheitlich zu gestalten. das gilt für:**
  - **Gliederungselemente und Oberfläche der Fassaden**
  - **Dachform und -neigung, Dachaufbauten, Material der Dachdeckung, Solaranlagen**
  - **Haustüren und Vordächer, Fenstergliederung, Fensterbänke, Sonnenschutzelemente**
  - **Treppenanlagen, Einfriedungen, Briefkästen, Leuchten**
  - **Außenanlagen (städtisches Eigentum)**

Satzungstext alt

Satzungstext neu

§ 2 Baufuchten, First- und Traufhöhen

- (1) Die Bauflucht jedes Einzelgebäudes ist durch seine Lage im städtebaulichen Zusammenhang fixiert und ist straßenseitig und entlang der seitlichen Gebäudeseiten (Giebelseiten) einzuhalten. Die Vor- und Rücksprünge/Staffelungen der straßenseitigen Fassade sind beizubehalten. Ausnahme: Bei Haustyp 4 ist für die nach § 5 geregelte Aufstockung der straßenseitigen Seitentrakte eine Reduzierung des straßenseitigen Versatzes des Anbaus gegenüber dem Hauptbaukörper auf 0,60 m (Mindestmaß) zulässig.(s. Schemazeichnung, Anlage 5)
- (2) Die verschiedenen First- und Traufhöhen der vielgegliederten Gebäude sind ausgenommen der vorgesehenen Aufstockungen nach § 5 ebenfalls beizubehalten. Das gilt nicht für Garagen, Behelfsgebäude und untergeordnete Nebengebäude.

§ 3 Fassaden

- (1) Anforderungen an Außenwände
  1. Für die Außenwände der einzelnen Gebäude sind farbige rauhe Putze zulässig. Der Einsatz von Dämmputzen ist zulässig. Strukturputze wie Wellen-, Fächer-, Wabenputz sind unzulässig. Die Putzfassaden sind nur als Anstriche oder eingefärbte Fertigputze in den festgesetzten Farbbereichen (RAL-Nummern Anlage 9) zulässig. Putzart und Farbton sind je Gebäude einheitlich festzulegen. Gesonderte Wärmedämmung ist an den Fassaden der Hauptgebäude unzulässig, ausgenommen sind Dämmputze.
  2. Der Sockel an den Außenwänden ist je Gebäude einheitlich in Farbe, Material und Höhe, bezogen auf die Oberkante des Erdgeschossfußbodens, auszuführen. Als Anstriche oder eingefärbte Fertigputze sind dunkel angesetzte Farben im Farbton der Hausfassade zulässig (RAL-Nummern s. Anlage 9).

§ 3 Baufuchten, First- und Traufhöhen

- (1) Die Bauflucht jedes Einzelgebäudes ist durch seine Lage im städtebaulichen Zusammenhang fixiert und ist straßenseitig und entlang der seitlichen Gebäudeseiten (Giebelseiten) einzuhalten. Die Vor- und Rücksprünge/Staffelungen der straßenseitigen Fassaden sind beizubehalten. Ausnahme: Bei Haustyp 4 ist für die nach § 5 geregelte Aufstockung der straßenseitigen Seitentrakte eine Reduzierung des straßenseitigen Versatzes des Anbaus gegenüber dem Hauptbaukörper auf 0,60 m (Mindestmaß) zulässig.(s. Schemazeichnung, Anlage 5)
- (2) Die verschiedenen First- und Traufhöhen der vielgegliederten Gebäude sind ausgenommen der vorgesehenen Aufstockungen nach § 5 ebenfalls beizubehalten. **-letzter Satz entfällt-**

§ 4 Fassaden

- (1) Anforderungen an Außenwände
  1. Für die Außenwände der einzelnen Gebäude ist farbige Glattputze mit einer max. Körnung von 3 mm zulässig. Der Einsatz von Dämmputzen ist zulässig. Strukturputze wie Wellen-, Fächer-, Wabenputz sind unzulässig. Die Putzfassaden sind nur als Anstriche oder eingefärbte Fertigputze in den festgesetzten Farbbereichen (siehe Farbkatalog Anlage 9) zulässig. Putzart und Farbton sind je Gebäude einheitlich festzulegen. **-letzter Satz entfällt -**
  2. ***Vorhandene bauzeitliche Gliederungs- und Schmuckelemente (Sockel, Gesimse) sind zu erhalten; fehlende Teile sind mit bauzeitlichen Materialien zu ergänzen.***

Satzungstext alt

3. Dachgesimse (Trauf- und Giebelgesimse) sind bei Neuaufbau straßenseitig entsprechend dem Erscheinungsbild aus der Erbauungszeit wieder herzustellen, wobei sichtbare Sparren sowie Holz- und Metallverkleidungen ausgeschlossen sind. Dachgesimse sind je Gebäude einheitlich in Weiß entsprechend RAL 9010 oder im Farbton des Sockels entsprechend RAL-Nummern (s. Anlage 9) auszuführen.
4. Faschen, d.h. aus abgesetztem feineren Putz bestehende bänderartige Umrahmungen der Türen und Fensteröffnungen sind einheitlich in Weiß entsprechend RAL 9010 auszuführen.
5. Verblendungen oder Verkleidungen jeder Art sind unzulässig. Davon ausgenommen sind funktionsbedingte Bauelemente aus Metall wie Blechabdeckungen der Fensterbänke. Fensterbänke und Dachentwässerungssysteme sind aus Zinkblech oder optisch gleichem Material zu fertigen.

Satzungstext neu

3. **Wärmedämmverbundsysteme sind zulässig, wenn diese einheitlich pro Hausgruppe ausgeführt wird; die Fassadenstärken können um max. 8 cm vergrößert werden.**
4. Der Sockel an den Außenwänden ist je Gebäude einheitlich in Farbe, Material und Höhe, bezogen auf die Oberkante des Erdgeschossfußbodens, auszuführen. Als Anstriche oder eingefärbte Fertigputze sind **nur Glattputze (max. Körnung 3 mm) in dunkler abgesetzten Farben zulässig** (s. Anlage 9). **Verkleidungen des Sockelbereiches sind unzulässig.**
5. **Dachgesimse (Trauf- und Giebelgesimse) sind bei Anbringung von Wärmedämmverbundsystemen entsprechend dem Erscheinungsbild aus dem Bestand wieder herzustellen, wobei sichtbare Sparren sowie Holz- und Metallverkleidungen ausgeschlossen sind. Dachgesimse sind je Gebäude einheitlich in einem helleren Farbton als der Fassadengrundton auszuführen** (s. Anlage 9).
6. Faschen, d.h. aus abgesetztem feineren Putz bestehende bänderartige Umrahmungen der Türen und Fensteröffnungen sind einheitlich **in einem helleren Farbton als der Fassadengrundton auszuführen.**
7. Verblendungen oder Verkleidungen jeder Art sind unzulässig. Davon ausgenommen sind funktionsbedingte Bauelemente aus Metall wie Blechabdeckungen der Fensterbänke. Dachentwässerungssysteme sind aus Zinkblech oder optisch gleichem Material zu fertigen. **Fensterbänke sind zu erhalten, bei Neueinbau sind neben dem vorhandenen Material (Spaltklinker) auch die Materialien Zink und nicht glänzender Natur- oder Werkstein in grauem Farbton (siehe Anlage 9) zulässig; max. Stärke der Fensterbänke: 25 mm. Kunststoff oder Kunststoffbeschichtungen sind nicht zulässig.**
8. **Fassadenbegrünung an der Straßenfassade ist nicht zulässig.**

Satzungstext alt

Satzungstext neu

(2) Fenster und Türen

1. Die lichten Öffnungsmaße der Fenster- und Türen der Gebäude dürfen straßenseitig in ihren Abmessungen nicht verändert werden. Ebenso ist es nicht zulässig, Fenster- und Türöffnungen der Gebäude straßenseitig zu schließen (vgl. Schemazeichnung, Anlagen 2-7) und neue Fenster- und Türöffnungen herzustellen.
2. Die Fensterrahmen sind in weißer Farbe, RAL 9010 auszuführen. Die Fensterteilung ist je Gebäude einheitlich festzulegen.
3. Für die straßenseitige Fassade der Seitentrakte (ehem. Waschküchen bzw. Stallgebäude) sind bis zu zwei Fensteröffnungen in stehendem Format und jeweils bis zu 1,2 m² Fensterfläche zulässig. Diese sind in einheitlichem Format und im gleichen Höhenniveau, bezogen auf die Höhe des oberen Fensterrahmens, auszuführen. (vgl. Lagevarianten entsprechend Schemazeichnung Anlage 2-7).
Für die Fensteröffnungen in den seitlichen Fassaden sind nur stehende Formate mit einer Fensterfläche von höchstens 1,2 m² zulässig. Türöffnungen sind unzulässig.
Die Verwendung von Glasbausteinen in Fensteröffnungen der straßenseitigen und seitlichen Gebäudeseiten ist unzulässig.
4. Straßenseitige Veranden des Haustyps 1 können mit Fenster- und Türelementen geschlossen werden. Dabei ist mindestens eine vertikale Dreiteilung des Fensterbandes vorzusehen. Die Gestaltung des Ausbaus muss in Farbe, Material und Form je Gebäude einheitlich erfolgen.
5. Krag- und Vordächer sind an den straßenseitigen und seitlichen Gebäudefassaden nur im Bereich der Hauseingänge zulässig. Es dürfen nur Konstruktionen aus den Materialien Metall, Glas und Kunststoff verwendet werden, die bogenförmig mit einer maximalen Breite von 1,60 m und einer maximalen Tiefe von 0,90 m ausgebildet sind (Portal- bzw. Rundbogenvordach). Es sind nur Vordächer in weißer, brauner und schwarzer Farbgebung, entsprechend den RAL-Farben der Anlage 9, zulässig. Diese sind je Gebäude einheitlich zu gestalten.

(2) Fenster und Türen

1. Die lichten Öffnungsmaße der Fenster- und Türen der Gebäude dürfen straßenseitig in ihren Abmessungen nicht verändert werden. Ebenso ist es nicht zulässig, Fenster- und Türöffnungen der Gebäude straßenseitig zu schließen (vgl. Schemazeichnung, Anlagen 2-7) und neue Fenster- und Türöffnungen herzustellen.
2. **Bei Verwendung von Wärmedämmverbundsystemen sind in den Leibungen max. 4 cm dicke Dämmstärken zu verwenden.**
3. Die Fensterrahmen sind in weißer Farbe **gemäß Anlage 9** auszuführen. Die Fensterteilung **aller Fenster an den Hauptgebäuden ist mittig auszuführen.**
4. **Beim Haustyp 4 dürfen die Giebelfenster am Haupthaus vergrößert werden, wenn dies gleichzeitig für beide Haushälften erfolgt; Größe max. 0,8 m x 1,1 m**
5. Für die straßenseitige Fassade der Seitentrakte (ehem. Waschküchen bzw. Stallgebäude) sind bis zu zwei Fensteröffnungen in stehendem Format und jeweils bis zu 1,2 m² Fensterfläche zulässig. Diese sind in einheitlichem Format und im gleichen Höhenniveau, bezogen auf die Höhe des oberen Fensterrahmens, auszuführen. (vgl. Lagevarianten entsprechend Schemazeichnung Anlage 2-7).
Für die Fensteröffnungen in den seitlichen Fassaden sind nur stehende Formate mit einer Fensterfläche von höchstens 1,2 m² zulässig. Türöffnungen sind unzulässig. Die Verwendung von Glasbausteinen, **gewölbten oder getönten Scheiben** in Fensteröffnungen der straßenseitigen und seitlichen Gebäudeseiten ist unzulässig.
6. **Die Fenstergliederung ist folgendermaßen auszuführen: der Stulp ist in einer Breite von 12 cm bis max. 14 cm zulässig, Sprossen sind im Material der Fenster auszuführen (Messingsprossen o.ä sind unzulässig). Innenliegende Sprossen sind nicht zulässig. Die Sprossen sind in einer Breite von 25-30 mm auszuführen.**

Satzungstext alt

Satzungstext neu

(3) Rollläden, Jalousien

Rollläden und Jalousien sind zulässig, wenn sie innerhalb der Fensterleibung angebracht werden und die Rollkästen nicht über die Fassadenflucht hinausragen. Es sind nur Rollläden mit weißer, beigefarbener oder hellgrauer Farbgebung, entsprechend den RAL-Farben der Anlage 9, zulässig. Diese sind farblich je Gebäude einheitlich zu gestalten.

Rollläden in Türöffnungen sind auf der Straßenseite der Gebäude unzulässig.

(3) Rollläden, Jalousien

7. Straßenseitige Veranden des Haustyps 1 können mit Fenster- und Türelementen geschlossen werden. Dabei **muss** eine vertikale Dreiteilung des Fensterbandes vorgenommen werden. Die Gestaltung des Anbaus muss in Farbe, Material und Form je Gebäude einheitlich erfolgen.
8. Krag- und Vordächer sind an den straßenseitigen und seitlichen Gebäudefassaden nur im Bereich der Hauseingänge zulässig. Es dürfen nur Konstruktionen aus den Materialien Metall, Glas und Kunststoff verwendet werden, die bogenförmig mit einer maximalen Breite von 1,60 m und einer maximalen Tiefe von 0,90 m ausgebildet sind (Rundbogenvordach). Es sind nur Vordächer in **schwarzer und grauer** Farbgebung, entsprechend der Anlage 9, zulässig. Diese sind je Gebäude einheitlich zu gestalten. **Portaldächer und Seitenwände an Vordächern sind nicht zulässig.**
9. Haustüren sind in **brauner** Farbgebung, entsprechend der Anlage 9, und je Gebäude mit einheitlicher Farbgebung auszuführen. Es sind nur Türen mit einem Glasflächenanteil von höchstens einem Drittel der Türfläche angeordnet in der oberen Türhälfte zulässig.

1. Rollläden und Jalousien sind zulässig, wenn sie innerhalb der Fensterleibung angebracht werden und die Rollkästen nicht über die Fassadenflucht hinausragen. Es sind nur Rollläden mit weißer, beigefarbener oder hellgrauer Farbgebung, entsprechend der Anlage 9, zulässig. Diese sind farblich je Gebäude einheitlich zu gestalten.
2. **Rollläden dürfen die Proportion der Fenster nicht verändern und den Blendrahmen nicht verdecken; die max. Höhe der Rollladenkästen (Außenblende) darf max. 135 mm betragen.**
3. Rollläden in Türöffnungen sind auf der Straßenseite der Gebäude unzulässig.

Satzungstext alt

Satzungstext neu

- (4) Haustüren sind in weißer oder brauner Farbgebung, entsprechend den RAL-Farben der Anlage 9, und je Gebäude mit einheitlicher Farbgebung auszuführen. Es sind nur Türen mit einem Glasflächenanteil von höchstens einem Drittel der Türfläche angeordnet in der oberen Türhälfte zulässig.

§ 4 Aufbauten/Anbauten

- (1) Eingeschossige Anbauten mit einer mittleren Wandhöhe von 4,00 m und einer Bebauungstiefe von höchstens 4,00 m, gemessen von der gartenseitigen Bauflucht des Gebäudes, sind an der straßenabgewandten Seite des Gebäudes (Gartenseite) zulässig. Die Regelungen des § 5 Abs. 1 und 2 sind entsprechend anzuwenden.
- (2) Bei den Haustypen 2 bis 6 können die straßenseitigen Seitentrakte (ehem. Waschküchen bzw. Stallgebäude) erhöht werden, um ein nutzbares Dachgeschoss zu gewinnen. Die Erhöhung ist so zu planen, dass zwischen der Firstlinie des Anbaus und der nächsthöheren Firstlinie ein Höhenversatz von mindestens 0,60 m erhalten bleibt. Die entstehende Firstlinie und die Firstlinie des Hauptbaukörpers müssen auf einer Achse liegen; seitliche Abweichungen von bis zu 0,40 m können zugelassen werden (s. Schemazeichnung, Anlagen 3 und 7)
- (3) Bei Haustyp 2 können die rückwärtigen, gartenseitigen Nebentrakte (ehem. Waschküchen bzw. Stallgebäude) erhöht werden, um ein nutzbares Dachgeschoss zu gewinnen. Die Erhöhung ist so zu planen, dass zwischen der Firstlinie des Anbaus und der nächsthöheren Firstlinie ein Höhenversatz von mindestens 0,60 m erhalten bleibt.(s. Schemazeichnung, Anlage 3)
- (4) Bei Haustyp 4 und 5 können die rückwärtigen, gartenseitigen Nebentrakte (ehem. Waschküchen bzw. Stallgebäude) erhöht werden. Die Erhöhung ist so zu planen, dass zwischen der Firstlinie des Anbaus und der nächsthöheren Firstlinie ein Höhenversatz von mindestens
- a) Haustyp 4 - 2,00 m
  - b) Haustyp 5 - 1,80 m
- erhalten bleibt.(s. Schemazeichnung, Anlagen 5 und 6)

Siehe Abs. (2) Fenster und Türen Nr. (9)

§ 5 Aufbauten/Anbauten

-Satzungstext unverändert-

- (1) Eingeschossige Anbauten mit einer mittleren Wandhöhe von 4,00 m und einer Bebauungstiefe von höchstens 4,00 m, gemessen von der gartenseitigen Bauflucht des Gebäudes, sind an der straßenabgewandten Seite des Gebäudes (Gartenseite) zulässig. Die Regelungen des § 5 Abs. 1 und 2 sind entsprechend anzuwenden.
- (2) Bei den Haustypen 2 bis 6 können die straßenseitigen Seitentrakte (ehem. Waschküchen bzw. Stallgebäude) erhöht werden, um ein nutzbares Dachgeschoss zu gewinnen. Die Erhöhung ist so zu planen, dass zwischen der Firstlinie des Anbaus und der nächsthöheren Firstlinie ein Höhenversatz von mindestens 0,60 m erhalten bleibt. Die entstehende Firstlinie und die Firstlinie des Hauptbaukörpers müssen auf einer Achse liegen; seitliche Abweichungen von bis zu 0,40 m können zugelassen werden (s. Schemazeichnung, Anlagen 3 und 7)
- (3) Bei Haustyp 2 können die rückwärtigen, gartenseitigen Nebentrakte (ehem. Waschküchen bzw. Stallgebäude) erhöht werden, um ein nutzbares Dachgeschoss zu gewinnen. Die Erhöhung ist so zu planen, dass zwischen der Firstlinie des Anbaus und der nächsthöheren Firstlinie ein Höhenversatz von mindestens 0,60 m erhalten bleibt.(s. Schemazeichnung, Anlage 3)
- (4) Bei Haustyp 4 und 5 können die rückwärtigen, gartenseitigen Nebentrakte (ehem. Waschküchen bzw. Stallgebäude) erhöht werden. Die Erhöhung ist so zu planen, dass zwischen der Firstlinie des Anbaus und der nächsthöheren Firstlinie ein Höhenversatz von mindestens
- a) Haustyp 4 - 2,00 m
  - b) Haustyp 5 - 1,80 m
- erhalten bleibt.(s. Schemazeichnung, Anlagen 5 und 6)

Satzungstext alt

Satzungstext neu

§ 5 Dächer/Dachaufbauten

- (1) Die aus der Erbauungszeit vorhandenen Dächer sind in Firsthöhe und Traufe Ausbildung, Dachüberstand und Neigung zu erhalten
- (2) Für die nach § 5 geregelte Aufstockung der straßen- und gartenseitigen Seitentrakte (ehem. Waschküchen bzw. Stallgebäude) ist eine entsprechende Veränderung der Trauf- und Firsthöhen zulässig. Aufgestockte Seitentrakte sind gemäß § 5 mit Dachflächen in der Neigung des Hauptdaches zu überdecken.
- (3) Als Dacheindeckung sind je Wohnhaus nur Betondachsteine oder Tondachziegel als Pfannendeckung in Rot entsprechend RAL 3002, 3003, 3004 und 3011 einschließlich Zwischentönen zulässig. Glasierte Dacheindeckungen (Glanzengoben bzw. Glasuren) sind unzulässig. Die Dachdeckung ist je Gebäude in Farbton und Material einheitlich vorzusehen.
- (4) Die Veränderung der Dächer durch Dachaufbauten sowie Dacheinschnitte ist nicht zulässig.
- (5) Zur Belichtung der Dachgeschossausbauten sind liegende Dachflächenfenster in der Dachhaut zulässig. Dachflächenfenster müssen die gleiche Neigung wie die Dachfläche haben und dürfen nicht mehr als 10 cm aus dieser herausragen. Die Fensterrahmen sind der Dachfarbe anzugleichen oder in dunklen, matten Tönen auszuführen. Je Wohneinheit sind in den straßenseitigen Dachflächen des Hauptbaukörpers sowie der Seitentrakte (ehem. Waschküchen bzw. Stallgebäude) jeweils bis zu zwei Dachflächenfenster zulässig. Je Dachflächenfenster sind höchstens 1,2 m² Fensterfläche in stehendem Format zulässig. Dachflächenfenster in der Hauptdachfläche haben zur Fuß- und Firstpfette und zum Gratsparren einen Abstand von mind. 1,0 m einzuhalten. Für Dachflächenfenster in den Dachflächen der Seitentrakte (ehem. Waschküchen bzw. Stallgebäude) sind auch geringere Abstände zulässig.

§ 6 Dächer/Dachaufbauten

- (1) Die aus der Erbauungszeit vorhandenen Dächer sind in Firsthöhe und Traufausbildung, Dachüberstand und Neigung zu erhalten.
- (2) Für die nach § 5 geregelte Aufstockung der straßen- und gartenseitigen Seitentrakte (ehem. Waschküchen bzw. Stallgebäude) ist eine entsprechende Veränderung der Trauf- und Firsthöhen zulässig. Aufgestockte Seitentrakte sind gemäß § 5 mit Dachflächen in der Neigung des Hauptdaches zu überdecken. **Auch bei Anbauten sind nur symmetrische Dächer zulässig.**
- (3) Als Dacheindeckung sind je Wohnhaus nur Betondachsteine oder Tondachziegel als Pfannendeckung in Rot und **Anthrazit** entsprechend der Anlage 9 **einschließlich Zwischentönen** zulässig. Glasierte Dacheindeckungen (Glanzengoben bzw. Glasuren) sind unzulässig. Die Dachdeckung ist je Gebäude in Farbton und Material einheitlich vorzusehen. **Dachsteine/ -ziegel sind im Normalformat (ca. 42 x 33 cm) einzusetzen.**
- (4) Die Veränderung der Dächer durch Dachaufbauten sowie Dacheinschnitte sind nicht zulässig.
- (5) Zur Belichtung der Dachgeschossausbauten sind liegende Dachflächenfenster in der Dachhaut zulässig. Dachflächenfenster müssen die gleiche Neigung wie die Dachfläche haben und dürfen nicht mehr als 10 cm aus dieser herausragen. Die Fensterrahmen sind der Dachfarbe anzugleichen oder in dunklen, matten Tönen auszuführen. Je Wohneinheit sind in den straßenseitigen Dachflächen des Hauptbaukörpers sowie der Seitentrakte (ehem. Waschküchen bzw. Stallgebäude) jeweils bis zu zwei Dachflächenfenster zulässig. Je Dachflächenfenster sind höchstens 1,2 m² Fensterfläche in stehendem Format zulässig. **Dachflächenfenster sind nur in einer Reihe zulässig, übereinanderliegende Dachflächenfenster sind unzulässig. Die Unterkante der Dachflächenfenster muss mind. einen Abstand von 2 Ziegelreihen zur Traufe haben. Der Abstand zum First muss mind. 1 m betragen.**

Satzungstext alt

Dachflächenfenster sind je Dachfläche in einheitlicher Größe auszubilden und haben den gleichen Abstand zur Fuß- und Firstpfette und zum Gratsparren einzuhalten.
Lüftungsfenster bis max. 0,25 m² sind regelmäßig von den Festsetzungen befreit.

§ 6 Außenanlagen und Nebengebäude

- (1) Nebengebäude und Garagen/Carports sind im hinteren Bereich des Grundstückes bzw. im Gartenbereich vorzusehen.
- (2) Auf gemeinsamer Grundstücksgrenze errichtete Nebengebäude bzw. Garagen/Carports sind in Dachform und Farbgestaltung einheitlich zu gestalten.
- (3) Dauerhafte Standplätze für Hausmülltonnen sind vor der straßenseitigen Bauflucht nicht zulässig.

§ 7 Antennen und solartechnische Anlagen

- (1) Die Anbringung von Außenantennen und Satellitenanlagen ist an den straßenseitigen Fassaden und Dachflächen unzulässig.
- (2) Ausnahmen können zugelassen werden, wenn das Anbringen an sonstigen Giebelseiten und Dachflächen keinen Empfang zulässt.

Satzungstext neu

Dachflächenfenster sind je Dachfläche *einer Hausgruppe* in einheitlicher Größe auszubilden. Lüftungsfenster bis max. 0,25 m² sind regelmäßig von den Festsetzungen befreit.

Dachflächenfenster in den seitlichen Anbauten müssen zum Ortgang und / oder den seitlichen Anschlüssen an das Haupthaus einen seitlichen Abstand von mind. 0,60 m haben.

- (6) ***Dachüberstände sind bei Neueindeckungen entsprechend dem historischen Bestand auszuführen: an der Traufe max. 30 cm und am Ortgang max. 20 cm.***
- (7) ***Schornsteine sind nur in den Materialien Klinker oder Putz zulässig, die Verkleidung mit Schindel o.ä ist nicht zulässig.***

§ 7 Außenanlagen

- (1) ***Nebenanlagen und*** dauerhafte Standplätze für Hausmülltonnen sind vor der straßenseitigen Bauflucht nicht zulässig.
- (2) ***Die Geometrien der vorhandenen Treppenanlagen sind bei Erneuerung zu erhalten. Die Treppen sind in Beton oder in nicht glänzendem Werkstein (grau) auszuführen***

§ 8 Antennen, solartechnische und sonstige technische Anlagen

- (1) Die Anbringung von Außenantennen, Satellitenanlagen ***und Klimageräten*** ist an den straßenseitigen Fassaden und Dachflächen unzulässig.
Technisch notwendige Aufbauten (Ausdehnungsgefäße, Kamine, Dachaustritte u.ä.) und Außenanlagen (Dachrinnen, Schneefanggitter u.ä.) sind zu minimieren und so zu gestalten,

Satzungstext alt

Satzungstext neu

- (3) Anlagen zur Ausnutzung der Sonnenenergie sind der Farbe der Dachhaut anzugleichen oder in dunklen Tönen auszuführen. Sie dürfen nicht mehr als 10,0 cm aus der Dachhaut herausragen.

§ 8 Werbeanlagen

Werbeanlagen sind nur als Hinweisschilder auf eigenem Grundstück bis zu einer Größe von ca. 0,25 m² für freie Berufe und Handwerksbetriebe an der Stätte ihrer Leistung zulässig.

dass sie in das Erscheinungsbild des gesamten Gebäudes eingebunden sind.

- (2) Ausnahmen können zugelassen werden, wenn das Anbringen an sonstigen Giebelseiten und Dachflächen keinen Empfang zulässt.
- (3) Anlagen zur Ausnutzung der Sonnenenergie sind ***auf der straßenabgewandten Seite der Hauptgebäude oder der seitlichen Anbauten zulässig.***
- (4) ***Solaranlagen sind ausnahmsweise straßenseitig zulässig, wenn es keine anderen Möglichkeiten der Ausrichtung gibt. Die Ausführung hat so zu erfolgen dass:***
- ***die Solaranlage dem Farbton der Dacheindeckung angepasst und in die Dachhaut integriert ist (In-Dachmontage),***
  - ***sie sich in ihrer Anordnung und Breite an anderen Dachaufbauten (z.B. Dachflächenfenstern) orientiert,***
  - ***sie sich der Dachform des Hauptdaches oder der Dächer der seitlichen Anbauten anpasst, flächenbildend geschlossen, zusammenhängend und jeweils mit durchgehendem geraden oberen, unteren und seitlichen Abschluss ausgeführt wird.***
- (5) ***Die Abstände zum First, Traufe und Ortgang, Kehlen u.a. Gebäudeanschlüssen sind analog zu den Dachflächenfenstern auszuführen.***

§ 9 Werbeanlagen, Briefkästen, Außenleuchten

- (1) Werbeanlagen sind nur als Hinweisschilder auf dem eigenen Grundstück bis zu einer Größe von ca. 0,25 m² für freie Berufe und Handwerksbetriebe an der Stätte ihrer Leistung zulässig.
- (2) ***Anbringungsort der Hinweisschilder: links oder rechts neben der Haustür; Abstand horizontal: 30 cm bis 40 cm ab Türöffnung; Höhe Unterkante Schild: ca. 1,50 - 1,60 m ab OK Terrain.***

Satzungstext alt

Satzungstext neu

§ 9 Einfriedungen

- (1) Einfriedungen der Vorgärten zum öffentlichen Straßenraum sind vor den Gebäuden der Heimstättensiedlung 2-35 und 37-38 ausschließlich als Heckenpflanzung aus Laubgehölzen bis zu einer Höhe von max. 0,80 m zulässig. Straßenseitige Einfriedungen in der jeweiligen Bauflucht der vorderen Gebäudekanten sind als offene Einfriedungen bis zu einer Höhe von 1,25 m zulässig. Folgende beispielhafte Gehölzarten sind für eine bis zu 80 cm hohe Heckenpflanzung geeignet (unverbindliche Pflanzliste):
- Buchsbaum – buxus sempervivens
  - Liguster – ligustrum vulgare
  - Eibe - taxus
  - Weißbuche – carpinus betulus
- (2) Die Vorgärten sind mit Ausnahme der notwendigen Wege und Zufahrten entsprechend § 89 (1) Nr. 4 BbgBO als Vegetationsflächen gärtnerisch zu gestalten. Weitere versiegelte Flächen mit einer Größe von bis zu 3 m² für Fahrradstellplätze, Freisitze o.ä. sind zulässig.

§ 10 Einfriedungen, Vorgärten

- (3) **Briefkästen sind in den Farben weiß, braun, grau (analog Rollladenkästen) oder Edelstahl zulässig; Anbringungsort: links oder rechts neben der Haustür; Abstand horizontal: 5 cm bis 10 cm ab Türöffnung; Höhe Unterkante: ca. 1,10 - 1,40 m ab OK letzte Stufe. Freistehende Briefkästen sind nicht zulässig.**
- (4) **Außenleuchten sind in den Farben weiß, braun, grau (siehe Anlage 9) oder Edelstahl zulässig. Anbringung nur jeweils einer Leuchte pro Gebäudeteil; Ort: links oder rechts neben der Haustür in Höhe der Hausnummern oder über der Haustür (unter dem Rundbogenvordach); Abstand horizontal: 15 bis 30 cm ab Türöffnung.**
- (1) **Einfriedungen im Bereich der Vorgärten sind nicht zulässig. Die Vorgärten sind analog zum Bestand mit einer Steinkante einzufassen.**
- (2) **Straßenseitige Einfriedungen sind nur in der jeweiligen Bauflucht der vorderen oder hinteren Gebäudekanten der Haupthäuser oder seitlichen Anbauten als senkrechte Lattenzäune mit Zwischenraum aus Holz oder als Metallzäune in einfacher Gestaltung und ohne Sockel auszuführen; die max. Höhe darf 1,60 m betragen.**
- (3) **Toranlagen gemeinsamer Zufahrten in die rückwärtigen Hofbereiche sind einheitlich mit o.g. Materialien auszuführen und dürfen eine max. Höhe von 1,60 m haben (einheitlich), die Anordnung der Toranlagen ist an der hinteren Gebäudekante vorzunehmen (Ausnahmen bei starkem Versatz der Bauflucht- tw. vordere und hintere Gebäudekante - z. B. zwischen Nr. 4-5, 7-8, 11-12, 14-15, 24-25, 26-27, 30-31 und 33-34,**

Satzungstext alt

Satzungstext neu

- (3) Zur Befestigung der Wege, Zufahrten und sonstigen Stellflächen im Bereich der Vorgärten sind nur Betonpflasterungen in Grau und versickerungsfähigen Materialien (Rasengittersteine oder Ökopflaster) zulässig.

§ 10 Neubau

Neue Gebäude sind hinsichtlich ihrer Kubatur (Gebäudehöhe und –breite sowie deren Verhältnis zueinander), der Gliederung und Staffelung der Baumassen einschließlich der Sockelhöhe, der Verteilung und Proportion der straßenseitigen Fenster- und Türformate

- (4) Zaunanlagen der seitlichen Grundstücksgrenzen die zum öffentlichen Straßenraum orientiert sind, dürfen in den unter Punkt 2 genannten Materialien und Ausführungen bis max. 1,60 m Höhe ausgeführt werden, hier sind auch Heckenpflanzungen zulässig.
Holzflechtzäune, Mauern oder andere geschlossene Einfriedungen sind nicht zulässig.**

- (5) Pflanzgefäße ab 60 cm Höhe und Bepflanzungen, die die Gebäude verdecken sind im Vorgarten nicht zulässig.**

- (6) Folgende beispielhafte Gehölzarten sind für Heckenpflanzung geeignet (unverbindliche Pflanzliste):
- Buchsbaum – buxus sempervivens
  - Liguster – ligustrum vulgare
  - Eibe - taxus
  - Weißbuche – carpinus betulus

- (7) Die Vorgärten sind mit Ausnahme der notwendigen Wege und Zufahrten als Vegetations-flächen gärtnerisch zu gestalten. Weitere versiegelte Flächen mit einer Größe von bis zu 3 m² für Fahrradstellplätze, Freisitze o.ä. sind zulässig.

- (8) Zur Befestigung der Wege, Zufahrten und sonstigen Stellflächen im Bereich der Vorgärten sind nur Betonpflasterungen in der Farbe Grau **in den Abmessungen 10 cm x 20 cm** zulässig.

- (9) Zwischen den Gebäuden wird jeweils eine gemeinsame Zufahrt in der Breite von 3 m und einer Aufweitung zur Gehwegkante auf 5 m gestattet.**

§ 11 Neubau

-Satzungstext unverändert-

Neue Gebäude sind hinsichtlich ihrer Kubatur (Gebäudehöhe und –breite sowie deren Verhältnis zueinander), der Gliederung und Staffelung der Baumassen einschließlich der Sockelhöhe, der Verteilung und Proportion der

Satzungstext alt

und der Dachform entsprechend Haustyp 3 der vorhandenen Siedlungsbauten auszubilden. Die §§ 3 bis 10 gelten entsprechend.

§ 11 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 87 Abs. 1 Nr. 2 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Festsetzungen der §§ 3 bis 10 dieser Satzung verstößt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 87 Abs. 3 BbgBO mit einer Geldbuße bis 10.000,00 DM, ab 01.01.2002 mit 5112,92 Euro geahndet werden.

§ 12 Abweichungen

Abweichungen von dieser Satzung regeln sich nach § 72 BbgBO.

§ 13 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Satzung der Stadt Hennigsdorf über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Heimstättensiedlung ("Gestaltungssatzung Heimstättensiedlung") tritt die Satzung über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Heimstättensiedlung ("Gestaltungssatzung Heimstättensiedlung") und die Erhaltungssatzung Heimstättensiedlung der Stadt Hennigsdorf, BV 116/24/92 vom 25.06.1992 einschließlich 1. Änderung BV 197/25/92 vom 09.09.1992, außer Kraft.

Satzungstext neu

straßenseitigen Fenster- und Türformate und der Dachform entsprechend Haustyp 3 der vorhandenen Siedlungsbauten auszubilden. Die §§ 3 bis 10 gelten entsprechend.

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von **§ 79 Abs. 3 Nr. 2** der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Festsetzungen der §§ 3 bis **11** dieser Satzung verstößt.
- (2) **Wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen §§ 3-11 der Gestaltungsvorschriften handelt, kann gemäß § 79 Abs. 3 Nr. 2 und Abs. 5** der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) mit einer Geldbuße bis zu **zehntausend Euro belegt werden.**

§ 13 Abweichungen

Abweichungen von dieser Satzung regeln sich nach **§ 61 BbgBO**.

§ 14 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Satzung der Stadt Hennigsdorf über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Heimstättensiedlung ("Gestaltungssatzung Heimstättensiedlung") tritt die Satzung über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Heimstättensiedlung ("Gestaltungssatzung Heimstättensiedlung") vom 26.09.2001 außer Kraft.